

Editorial

Gemeinsamer Aufbruch in die Zukunft



Nach der Botschaft ist vor der Botschaft: Unter diesem Motto hat das Netzwerk FUTURE im Mai 2013 eine Generalversammlung mit Bundesrat Johann

Schneider-Ammann durchgeführt. Gemeinsam mit dem neuen Bildungs- und Forschungsminister wagten die BFI-Akteure einen Blick in die Zukunft und diskutierten die Herausforderungen, welche es in den kommenden Jahren zu meistern gilt, damit unser Bildungs- und Forschungsstandort weiter an der Spitze mithalten kann. Die Finanzierungsperiode 2013–2016 ist noch kaum angefallen und schon müssen sich die Schweizer Hochschulen, der Nationalfonds und die Akademien der Wissenschaften wieder Gedanken zur nächsten BFI-Botschaft 2017–2020 machen.

An den bewährten Prinzipien des Schweizer BFI-Systems soll nicht gerüttelt werden. Und doch brauchen wir auch neue innovative Ansätze, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Dafür sind nicht nur eine verlässliche Finanzierung mit realistischen Wachstumsraten nötig, sondern auch Mut und das Bekenntnis aller BFI-Organisationen, gemeinsam an einem Strick zu ziehen. Mit seiner Generalversammlung hat das Netzwerk FUTURE einen ersten Schritt in diese Richtung gemacht – und es werden weitere Schritte folgen, um gemeinsam in eine erfolgreiche Zukunft des Bildungs- und Forschungsstandorts Schweiz aufbrechen zu können.

Felix Gutzwiller

Ständerat

Präsident des Politikerteams FUTURE

Forschungsprogramm Euratom

Kernenergie: Wir benötigen das Wissen auch in Zukunft

Mit der Weiterführung der Beteiligung an Euratom sichert sich die Schweiz wissenschaftliche Kompetenzen im Bereich der Kernenergie, auf die sie im Hinblick auf einen Atomausstieg zwingend angewiesen ist.

Die Schweiz hat sich für den Ausstieg aus der Kernenergie entschieden. Bei der Umsetzung dieses Entscheids sind wir auf die aktuellsten Erkenntnisse der Nuklearforschung angewiesen. Im Rahmen der Botschaft über die Schweizer Beteiligung am 8. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union («Horizon 2020») wird auch über die weitere Teilnahme am Forschungsprogramm der Europäischen Atomgemeinschaft Euratom in den Jahren 2014–2020 diskutiert. Erstmals ist das Programm für Nuklearforschung Teil des EU-Rahmenprogramms. Für die Schweiz sind damit allerdings keine Veränderungen verbunden: Bereits seit 1978 ist sie an Euratom assoziiert und seit 2004 beteiligt sich auch an den Forschungsrahmenprogrammen der EU. Die weitere Beteiligung entspricht also einer Fortsetzung der gegenwärtigen Situation.

Wissenschaftlich unabhängig bleiben

Bis 2018 will die Europäische Union einen Gesamtbetrag von rund 4,4 Milliarden Euro in Euratom investieren. Davon soll rund ein Viertel der Mittel in die Erforschung der Kernspaltung (Fission) und damit in die Technologie unserer Kernkraftwerke investiert werden. Auch wenn die Schweiz den Ausstieg aus der Nuklearenergie beschlossen hat, werden unsere Kraftwerke noch über längere Zeit in Betrieb sein. Neue Resultate der Fissionsforschung, beispielsweise im Bereich des Strahlenschutzes, können dazu beitragen, dass die Sicherheit auch in den kommenden Jahren gewährleistet ist. Ausserdem sind verschiedene Euratom-Projekte Themen gewidmet, die

für den Atomausstieg von grosser Bedeutung sind: Forscherinnen und Forscher suchen nach neuen Lösungen für die Lagerung und Aufbereitung von radioaktiven Materialien. Aber auch der Rückbau von Kernkraftwerken wird von den beteiligten Wissenschaftlern untersucht. Die Schweiz muss ihr Know-how im Bereich der Atomfission weiterhin auf dem aktuellsten Stand halten, damit sie nicht in die Abhängigkeit von ausländischen Ingenieuren gerät. Bereits im Jahr 2011 hat das eidgenössische Parlament im Rahmen einer Motion von a. Ständerätin Erika Forster seinen Willen geäussert, dass das Wissen im atomaren Bereich in der Schweiz auch künftig erhalten sein soll. Mit der Beteiligung an Euratom sichern wir uns den Anschluss an die internationale Spitzenforschung.

Die Schweiz muss ihr Know-how im Bereich der Atomfission weiterhin auf dem aktuellsten Stand halten, damit sie nicht in die Abhängigkeit von ausländischen Ingenieuren gerät.

Zu etwa drei Vierteln kommen die Euratom-Mittel der Erforschung der Kernfusion zugute. Dabei handelt es sich um einen Prozess, bei dem aus der Fusion von Atomen Energie gewonnen wird, wie es in der Sonne geschieht. Die Technologie bietet vielversprechende Perspektiven mit nur geringen Risiken. Die entstehende Strahlung kann mit der Röntgenabteilung eines Spitals verglichen werden. Mit kommerziellen Fusionskraftwerken darf allerdings erst in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts gerechnet werden, denn der zu leistende Aufwand in der Grundlagenforschung ist noch immer sehr gross und kann nur mittels internationaler Zusammenarbeit gestemmt werden.

Generalversammlung des Netzwerks FUTURE

Bundesrat Johann Schneider-Ammann will das bewährte Gleichgewicht erhalten

Viele Herausforderungen warten auf den BFI-Standort Schweiz, wie ein Blick in die Zukunft an der Generalversammlung des Netzwerks FUTURE zeigt.

An die 100 Vertreterinnen und Vertreter der Schweizer Organisationen für Bildung, Forschung und Innovation sowie aus Verwaltung und Politik nahmen am 22. Mai 2013 an einer Generalversammlung des Netzwerks FUTURE teil. «Gemeinsam wollen wir herauszukristallisieren, welches die wichtigsten Herausforderungen in Bildung, Forschung und Innovation sind – und welche Schlussfolgerungen die Politik daraus ziehen kann», eröffnete Ständerat Felix Gutzwiller, Präsident des Politikerteams FUTURE, die Versammlung. «Der Zeitpunkt – vor der Vorbereitung der nächsten BFI-Botschaft – ist ideal, um gemeinsam einen Blick in die Zukunft zu werfen.»

Fünf zentrale Herausforderungen

In der Folge zeigten die Präsidenten der fünf Trägerorganisationen des Netzwerks je eine zentrale Herausforderung ihres Bereichs auf. Martin Vetterli, Forschungsratspräsident des Nationalfonds, und Antonio Loprieno, Präsident der Rektorenkonferenz der Universitäten, erklärten den grossen Nachholbedarf bei der Förderung des einheimischen Nachwuchses in der Wissenschaft, aber auch in der Ausbildung von Fachkräften für Wirtschaft und Gesellschaft. Der Präsident der Rektorenkonferenz der Fachhochschulen, Marc-André Berclaz, erläuterte mögliche Perspektiven für die Fachhochschulen und die Notwendigkeit neuer Karrieremodelle. Eine Stärkung der Fach-



An Herausforderungen fehlt es nicht: Felix Gutzwiller, Josiane Aubert und Bundesrat Johann Schneider-Ammann folgen den Ausführungen der Trägerorganisationen des Netzwerkes FUTURE.

didaktik in Forschung und Lehre für die Lehrerausbildung forderte Johannes Flury, Präsident der Rektorenkonferenz der Pädagogischen Hochschulen. Künftig einen intensiveren Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft führen wollen die Akademien der Wissenschaften, denn fundiertes Fachwissen ist nötig, um die zukünftigen Probleme unserer Gesellschaft zu lösen, wie Präsident Thierry Courvoisier erläuterte.

Fünf bewährte Prinzipien

In einer ausführlichen Rede legte Bundesrat Johann Schneider-Ammann seine Gesamtsicht des BFI-Bereichs dar und plädierte für eine Fortführung des Bewährten. Unter dem Titel «Tradition ist Fortschritt, Fortschritt ist weitergeführte Tradition» legte er fünf erprobte Prinzipien für den Erfolg des BFI-Standorts Schweiz dar, auf die er auch in Zukunft bauen will. Konkurrenz soll das Rezept für die hohe Qualität von Bildung und Forschung in der Schweiz bleiben. Das Dualitätsprinzip von akademischer und beruflicher Bildung will der Bil-

dungsminister weiter verfolgen und dabei eine verlässliche Finanzierung gewährleisten; die Mittel sollen jedoch vernünftig bemessen und die föderalistische Aufgabenteilung beibehalten werden. Als weitere Säulen des Erfolgs sieht der Bundesrat auch künftig die Selbstverantwortung autonomer BFI-Institutionen und die internationale Zusammenarbeit.

In der anschliessenden Diskussion wurden unter anderem Möglichkeiten für die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Hochschultypen sowie die Qualifikationsbedürfnisse hiesiger Fachkräfte besprochen. «An Herausforderungen fehlt es dem Forschungs- und Bildungsstandort Schweiz nicht», hielt Nationalrätin Josiane Aubert, Vizepräsidentin des Politikerteams FUTURE, in ihrem Schlusswort fest. «Damit wir diese bewältigen können, muss die nächste Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in die Offensive gehen, und diese beginnt mit einem soliden Wachstum der finanziellen Mittel.»

News auf netzwerk-future.ch

Auf der Website des Netzwerks FUTURE www.netzwerk-future.ch finden Sie täglich aktualisierte News zum Thema Bildung, Forschung und Innovation.

news

«Erasmus für alle»

Bildung über die Landesgrenzen hinweg

Es ist wahrscheinlich das bekannteste europäische Austauschprogramm im Bereich der Bildung – «Erasmus». Jährlich ermöglicht es zehntausenden von Studierenden einen Aufenthalt an einer Universität irgendwo in Europa. Erasmus ist aber nur eines von verschiedenen EU-Programmen zur Förderung der Bildungs-Mobilität: Auch die Berufsbildung, Schüler, Angehörige von Jugend- und Sportorganisationen sowie Lehrkräfte können von der europäischen Vernetzung profitieren und Erfahrungen im Ausland sammeln.

Das länderübergreifende Lernen zahlt sich für die Schweiz aus: Die Beteiligten entwickeln sich im internationalen Austausch

weiter und erwerben neue Fähigkeiten, die sie später auf dem heimischen Arbeitsmarkt wieder einbringen. Die europäische Bildungsmobilität ermöglicht aber auch Kooperationen zwischen Institutionen über die Landesgrenzen hinweg. Der gegenseitige Austausch unterstützt Reformen und Weiterentwicklungen der Systeme. Ab der Sommersession 2013 entscheidet das Parlament über die künftige Beteiligung der Schweiz am Programm der Europäischen Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport von 2014 bis 2020.

Alle Programme unter einem Dach

In seiner Botschaft beantragt der Bundesrat die nahtlose Weiterbeteiligung der

Schweiz an den Bildungs- und Jugendprogrammen der EU, an denen sie bereits seit 2011 beteiligt ist. Unter dem Titel «Erasmus für alle» werden ab 2014 alle Programme unter einem Dach vereint. Die Koordination soll so vereinfacht und effizienter werden, was letztlich der Mobilität zugutekommt. Für die siebenjährige Beteiligung der Schweiz beantragt der Bundesrat 305,5 Millionen Franken, welche von den Mitgliedern der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S) einstimmig unterstützt werden. Mit den Mitteln sollen hauptsächlich die Programmbeiträge sowie der Betrieb einer nationalen Agentur zur Betreuung der Programmteilnahme gedeckt werden.

SMS**Sparpaket KAP 2014 soll an Bundesrat zurückgewiesen werden**

Die Finanzkommission des Nationalrats (FK-N) schlägt vor, das Konsolidierungs- und Aufgabenprüfungspaket (KAP 2014) an den Bundesrat zurückzuweisen. Die Regierung wird gebeten, in einer neuen Version umfassendere Reduktionen der Ausgaben aufzuzeigen und in einer Variante mögliche Mehreinnahmen zu präsentieren. Der Nationalrat entscheidet in der Sommersession 2013 über diesen Rückweisungsantrag.

Gegenvorschlag zur Stipendieninitiative positiv aufgenommen

Der Bundesrat hat die Vernehmlassungsergebnisse zum totalrevidierten Ausbildungsbeitragsgesetz zur Kenntnis genommen, mit dem er auf die Stipendieninitiative des Verbands der Schweizer Studierendenschaften reagiert. Die meisten Antworten stehen der Vorlage positiv gegenüber. Der Bundesrat wird aufgrund der Rückmeldungen jedoch auf die beabsichtigte leistungsorientierte Verteilung der Bundessubventionen an die Kantone verzichten.

Botschaft zum Weiterbildungsgesetz an das Parlament überwiesen

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zum lebenslangen Lernen soll die Weiterbildung besser in der Bildungslandschaft der Schweiz verankert werden. Der Gesetzesentwurf legt Grundsätze bezüglich Verantwortungen, Qualität, Anrechnung von Leistungen, Chancengleichheit und Wettbewerb fest und regelt die finanzielle Unterstützung im Bereich der Weiterbildung.

Martina Weiss zur Generalsekretärin von swissuniversities ernannt

Auf Anfang 2014 übernimmt Martina Weiss die Leitung des Generalsekretariats des Vereins swissuniversities. In dieser Funktion wird sie insbesondere die Zusammenführung der Rektorenkonferenzen der verschiedenen Hochschultypen zur Schweizerischen Hochschulkonferenz vorantreiben. Die promovierte Molekularbiologin ist seit 2008 Generalsekretärin der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK).

Thomas D. Meier wird neuer Präsident der KFH

Per 1. Juli 2013 übernimmt der Rektor der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK), Professor Thomas D. Meier, das Präsidium der Rektorenkonferenz der Fachhochschulen der Schweiz (KFH). Der promovierte Historiker und Anglist folgt auf Marc-André Berclaz.

Impressum

Münstergasse 64/66
3011 Bern
Tel. 031 351 88 46
Fax 031 351 88 47
www.netzwerk-future.ch

© Netzwerk FUTURE 2013

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik. Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.